



März 1998

VORWÄRTS

Solidaritätspreis: öS 20.-

**Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International**

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

öS 8.-

Nummer 81

Frauen 1998: Wir sind nicht flexibel!

Im vergangenen Jahr unterschrieben über 645.000 Menschen das „Frauen-Volksbegehren“. Da die 100.000-Hürde damit weit übertroffen war, wurde das Thema kurz mal im Parlament diskutiert. Doch verbessert hat sich die Situation der Frau auch in den letzten 12 Monaten nicht. Im Gegenteil: Von den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen - Arbeitszeitflexibilisierung, Sparpaketen und Reallohnverlusten - sind Frauen besonders betroffen.

von Katja Arthofer
und Käthe Knüller

Arbeiterinnen, weibliche Arbeitslose, Pensionistinnen etc. sind von den vorherrschenden Problemen noch stärker betroffen als ihre männlichen Kollegen: Die Folgen der Sparpakte treffen sie härter. Sie werden leichter in unsichere Arbeitsverhältnisse gedrängt. Frauen werden schneller arbeitslos und weiter in Abhängigkeit „ihrer“ Männer gebracht. Frauen fallen leichter unter die Armutsgrenze. Die Tatsachen sprechen eine eindeutige Sprache

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Bei den 20 - 24jährigen beträgt der Einkommensnachteil von Frauen gegenüber Männern 18 %. Bei den 35 - 54 jährigen verdienen Frauen um ca. 36 % weniger. Die Lage verschlechtert sich weiter: Bekamen Frauen 1993 „noch“ 69,2 % davon, was Männer verdienten, so sank dieser Anteil auf 68,3 % 1997. Der Hauptgrund für das weitere Auseinanderklaffen der Einkommensschere zwischen Mann und Frau ist sicher die Tatsache, daß Frauen in viel stärkerem Ausmaß von der vielgepreisen Flexibilisierung der Arbeitszeit betroffen sind als Männer.

Flexibilisierungspflicht Nr. 1

Von den 473.000 Teilzeit-Beschäftigten (1996) waren 336.000 Frauen. Das sind 71 %! Und von allen Frauen, die im Erwerbsleben stehen, arbeitet schon ein Drittel „teilzeit“. Bei Frauen mit zwei oder mehreren Kindern sind es sogar 50 %. „Teilzeit arbeiten ist doch toll, da kann frau sich die Arbeitszeit selbst einteilen und sich was dazu verdienen“ - so lautet das Standardargument. Es hat nur nichts mit der Realität zu tun! Denn die oft gelobte Bedürfnisgerechtigkeit von Teilzeitarbeit gibt es nicht: Die

Möglichkeit, am Vormittag (wenn die Kinder in der Schule/im Kindergarten sind) zu arbeiten, ist gering; fast 80 % der Teilzeitbeschäftigen haben laut Arbeiterkammer kaum Einfluß auf ihre Arbeitszeit. Und die meisten Frauen wollen sich nicht bloß „was dazu verdienen“, sondern sind auf das Einkommen bitter angewiesen und würden lieber einen ordentlichen Ganztagssjob haben.

Bei den Geringfügig-Beschäftigten ist die Situation noch ein wenig drastischer: von 170.000 im Juni 1997 waren 72,4 % Frauen. Die Hälfte davon war nicht selbst versichert, was gleichbedeutend mit einer gesteigerten Abhängigkeit vom Mann ist. Genauso wie die Tatsache, daß viele dieser Jobs nicht existenzsichernd sind. Was nur 2 Möglichkeiten offenläßt: Sich mehrere Stellen zu suchen oder sich eben in Abhängigkeit zu begeben, was in nahezu 100 % Frauen betrifft.

Strategie der Unternehmer

Die Tendenz sozialversicherte Arbeitsverhältnisse in geringfügige Beschäftigungen umzuwandeln ist weiter stark steigend. Am deutlichsten macht das der Einzelhandel: Waren im April 1996 8,6 % aller dort arbeitenden Frauen geringfügig beschäftigt, so waren es ein Jahr später schon 10,6 % (übrige Bereiche: 9,1 %). Die Unternehmer ersparten sich 1997 ca. 1,3 Mrd Schilling an Sozialversicherungsbeiträgen durch geringfügige Beschäftigung. Doch das ist für sie nicht der einzige „positiv“ Effekt. Durch Teilzeit und

geringfügige Beschäftigung ersparen sie sich auch die Bezahlung von Überstundenzuschlägen. Und sie müssen sich weniger Sorgen über Arbeitskämpfe machen. Denn geringfügig Beschäftigte sind sowieso rechtslos. Und die vielen unterschiedlichen Arbeitsverträge spalten und erschweren dadurch einen gemeinsamen Kampf der ArbeitnehmerInnen.

Zurück an den Herd???

Die Tendenz in unserer Gesellschaft, Frauen zurück zu Heim und Herd zu schicken, ist in Zeiten von Rokordbeitslosigkeit bei besonderen ge-

steigt. Das begünstigt auf der einen Seite das Fehlen von Kinderbetreuungsplätzen. Nach letztem Stand werden in ganz Österreich noch 230.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze benötigt - über 40.000 Frauen sind aus diesem Grund zur Arbeitslosigkeit gezwungen. Es gibt aber eine Reihe von Fällen, in denen Frauen das Arbeitslosengeld gestrichen wurde, weil sie - wegen dem Fehlen von Kinderbetreuungsmöglichkeiten - einen Job nicht annehmen konnte. Aber in einem solchen Fall soll halt dann die Oma (auch eine Frau) einspringen.

Auf der anderen Seite wird Frauen der Wiedereinstieg ins Berufsleben nach der Karenz so schwer wie möglich gemacht. Nach einer Studie des Instituts für Demographie der Österreichischen Akademie schaffen ihn nur 20 % aller Frauen. Ein weiteres Fünftel davon verliert den Job kurz nach der Behaltepfrist.

Kämpfen für gleiche Rechte!

Das einzige, was unter dem Vorwand der Gleichberechtigung von Frauen in den letzten Jahren passiert ist, bedeutete eine Verschlechterung: das Fallen des Nachtarbeitsverbots für Frauen.

Das Frauenvolksbegehren hat das Thema wieder einmal in die Medien gebracht, viel ist darüber geschrieben und gesprochen worden. Daß die Regierung seither allerdings nichts für die Verbesserung der Situation der Frauen gemacht hat, zeigt, daß unterschreiben alleine noch nichts verändert hat. Wir müssen den Druck weiter erhöhen, was nur durch regelmäßige gemeinsame Aktionen, wie Kundgebungen, Demonstrationen und durch organisiertes Vorgehen erreicht werden kann.

Wir müssen in unseren konkreten Lebens- und Arbeitsbereichen aktiv werden - in Schule und Uni, im Betrieb und in der Gewerkschaft und auch Zuhause.

SOV-Frauenstammtisch

Selbst aktiv werden:
SOV-Frauenstammtisch
Jeden 2. und 4. Montag im Monat
um 19 Uhr, Zentrum Erdberg
(3, Lechnerstr. 2-4 im Innenhof)

Am Samstag, den 7.3. findet ab 15 Uhr am Stock im Eisenplatz anlässlich des Internationalen Frauentages eine Straßenaktion zum Thema „Die flexible Frau '98“ statt.

Außerdem neu:
„Arbeitende Frauen der Welt:
Kämpfen für eine sozialistische Zukunft!“

Ein Statement des CWI
Unter 01-524 63 10 bestellen!

- Nein zur Flexibilisierung der Arbeitszeit
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- alle Arbeitsplätze, ob Voll- oder Teilzeit, müssen kollektivvertraglich abgesichert und gesetzlich geschützt werden
- für jedes Kind ein den Bedürfnissen entsprechender Betreuungsplatz
- Keine Umwandlung von Voll- in Teilzeitarbeitsplätze

Aus dem Inhalt:

Seite 2 NÖ-Landtagswahlen Bildungspolitik

Seite 3 Arbeitszeit verkürzen - aber wie?

Seite 4/5 Anschluß

Seite 6 ORF- Volksverblödung

Seite 7 Irak Südost-Asien

Der Standpunkt

Warum Hermann Maier nochmals stürzen muß

Wie arbeitet man sich vom Maurer zum Millionär hoch? Man fliegt mit 110 km/h von der Piste 60 Meter durch die Luft, überschlägt sich fünf Mal und durchbricht zwei Fangzäune. Gegen jede ärztliche Vernunft riskiert man ein paar Tage später wieder Kopf und Kragen, startet und gewinnt. Ganz offen brachte den Zweck der Übung ein Ver- **von John Evers**



treter der Skifirma Atomic - Maiers Ausrüster - auf den Punkt: „Dieser Sturz ist in Verbindung mit der Goldenen mehr wert, als es zwei Goldene gewesen wären.“

Menschen wie Hermann Maier werden uns als Vorbilder, als Draufgänger und „klasse Burschen“ die sich selbst überwinden können, verkauft. Die ideologische Aussage dahinter liegt auf der Hand: Wenn Du bereit bist, „Alles“ zu geben, kannst Du in unserer Gesellschaft auch „Alles“ erreichen. Hermann Maier ist mit seiner an Selbstverstümmelung grenzenden Hingabe an Geld und Karriere zum idealen neoliberalen Botschafter geworden: „Ich wollte immer der beste Skifahrer sein und war überzeugt davon, daß ich es auch schaffe. Und ich habe das immer nur für mich selbst gemacht.“ Klare Worte, die trotzdem diverse Journalisten nicht daran hindern werden, Maier bei Bedarf auch als echten Patrioten oder gar Vertreter des wahren olympischen Gedankens hinzustellen.

Olympia und Spitzensport haben mit Gesundheit und Freude an der Bewegung nichts zu tun: Ungesunde „Höchst“-Leistungen einzelner für die Massen, die selbst immer ungünstiger leben. Während Maiers Marktwert inzwischen jetzt 20 Millionen beträgt, gibt es für viele Wiener SchülerInnen nicht einmal einen eigenen Turnsaal (Siehe Rückseitenartikel). Tatsächlich ist Hermann Maier ein armes Würschtl. Sein Körper, Aufreten und Outfit sind alleine auf die Bedürfnisse der Werbeindustrie zugeschnitten. Während er seinen Körper für Millionen kaputt macht, verdienen die Drahtzieher des „Sport“-Zirkus Milliarden.

Leute wie Hans Maier sind keine Vorbilder. Maier gehört zu jenen künstlich aufgebauten Ikonen die man stürzen muß. Auch um Platz zu machen für die wahren HeldenInnen - jene die tatsächlich sich für andere Menschen einsetzen und Widerstand gegen die herrschende Ordnung und Ungerechtigkeit leisten.

Angeblich ist Hermann Maiers großes Vorbild der österreichische Skistar Rudi Nierlich. Auch dieser war ein „geborener Siegertyp“, ein Draufgänger und „klasser Bursch“ der bereit war wirklich „Alles“ zu geben: Rudi Nierlich ist betrunknen und mit überhöhter Geschwindigkeit bei einem Autounfall tödlich verunglückt.

Niederösterreichische Landtagswahlen

Wählen in NÖ

Am 22. März stehen in Niederösterreich Landtagswahlen ins Haus. Von SPÖ-Seite ist der Wahlkampf geprägt vom Versuch „menschliche Wärme“ in Zeiten der neoliberalen Kälte zu vermitteln. Da werden Unterschriften gegen die Sonntagsarbeit gesammelt und ein Jahr der Arbeit ausgerufen.

**von Michael Gehmacher
SOV Wien West**

Sehr glaubhaft ist das allerdings nicht. SP-NÖ-Chef Höger ist bekanntlich auch ÖGB-NÖ-Vorsitzender. In der Pensionsdebatte erwies er sich als treuer Klima-Vasall. Bei den Sparpaketen vertrat er stets Regierungslinie. Das führte bei den letzten ÖGB-NÖ-Konferenz zu heftigen Debatten. Auch das Semperit-Versprechen, sich auf die Maschinen zu setzen, um den Abtransport durch die Conti zu verhindern, hat Höger bekanntlich nicht gehalten. Interessant ist, daß die SP-NÖ sich in der Schlussphase des Wahlkampfs plötzlich klar als Anti-NATO-Partei positionieren will. Sicher ein Zugeständnis an eine breite Anti-NATO Stimmung unter ArbeiterInnen und Jugendlichen, aber noch lange kein Grund, übrige Probleme zu vergessen. Was bleibt aber zur Wahl noch übrig: Bleiben die Grünen, die unter der Ex-Global 2000-Frau Weininger vielleicht über ein medial professionell ökologisches, aber sicher über kein sozialpolitisches Profil verfügen? Bleibt die Erkenntnis, daß



Landeshauptmann Erwin Pröll

neue linke Alternative wird sich aber nur durch gemeinsame konkrete Arbeit „von unten“ aufbauen lassen. In einigen Gegenden (z.B. Tullnerfeld oder Waidhofen) gibt es dazu bereits Ansätze. Diese werden wir unterstützen und vor Ort gemeinsame Aktionen auch während des Wahlkampfs durchführen.

Bildung wird immer mehr zum Privileg

Gemeinsam bilden

Am Linzer Fadingergymnasium wird ein autistischer Schüler, trotz erfolgreicher Leistung, aus dem Schulbetrieb ausgeschlossen. Gleichzeitig wird in Wien auf Initiative von ÖVP-Vizebürgermeister Görg eine Eliteschule, benannt nach dem Philosophen Sir Karl Popper, gegründet. Integration wird verhindert, Eliten werden gefördert: Scheinbar schleicht sich still und von der Öffentlichkeit kaum beachtet eine konservative Bildungswende an.

**von Markus Zahradnik,
SOV Wien Mitte**

Die Mutter des autistischen Gregor (11) kämpft seit Jahren für dessen Schulbildung. Während in der Volksschule auf seine Benachteiligung Rücksicht genommen werden konnte und ein zweiter PädagogIn angestellt war, ist dies im AHS-Bereich nicht vorgesehen. Seine LehrerInnen fühlten sich deshalb, aber auch wegen ungünstiger Ausbildung und allgemein schlechten Arbeitsbedingungen wie zu großen Klassen und dergleichen überfordert. Die Initiative zu Gregors Ausschluß ergriff der Elternvereinsoffmann.

Das bildungspolitische Hauptprojekt der Wiener VP ist im zweiten Anlauf nun doch durchgegangen: Görg präsentierte gemeinsam mit SPÖ-Stadtchuralspräsident Scholz die Sir Karl Popper Schule in Wien 4. Kommandes Schuljahr wird der Unterricht mit zwei fünften Klassen zu je 25 SchülerInnen beginnen. Anstatt begabtere SchülerInnen im „normalen“ Klassenverband zu lassen, damit diese den sozialen Kontakt zu ihren KollegInnen nicht verlieren und damit die MitschülerInnen

nen auch von der schnelleren Lernfähigkeit profitieren können, werden eigene Eliteschmieden gebildet, die bedingt durch das Schulgeld von 65 1.000,- pro Monat natürlich nicht je-



Vor zwei Jahren streikten Wiener SchülerInnen gegen Bildungsabbau

dem offenstehen. Diese Eliteschule wird aus öffentlichen Geldern bezahlt, während gleichzeitig bei „normalen“ SchülerInnen gespart wird (siehe z.B. die ständig wachsenden Klassengrößen!).

Gemeinsame Schule für alle!

In Schulversuchen wurde gezeigt, daß es durchaus möglich ist körperlich und geistig behinderte Kinder

im Regelunterricht zu integrieren. In jene „Intergrationsklassen“ werden ca. 15 Kinder von zwei LehrerInnen betreut und es wird nach unterschiedlichen Lehrplänen unterrichtet (zieldifferenziertes Lernen). Außerdem ist die soziale Wirkung der Gesamtschule heute wichtiger denn je. Eine Studie im 4., 6., und 7. Wiener Gemeindebezirk hat bewiesen, daß die Schulwahl nach der Volksschule noch immer in erster Linie eine soziale Selektion darstellt: Während

Eltern mit höherem Bildungsniveau (ABC) ihre Kinder zu 68% in ein Gymnasium schickten, kamen lediglich 31% der Kinder aus D-Schicht Familien in die AHS. Natürlich sind auch die hohen Kosten für Nachhilfe (die im AHS-Bereich vorausgesetzt werden) miterantwortlich.

Stadt Eliteschule und Ausgrenzung: Eine gemeinsame Schule für alle ist unser Ziel - mit den Mitteln um auf alle optimal eingehen zu können.

BundespräsidentInnenwahl

Ersatzkaiser

Im Zuge des Chirac-Besuchs in Österreich zeigte „UHBP“ Klestil deutlich sein wahres Gesicht. In einem Interview für die französische Tageszeitung „Le Monde“ erklärte er ungefragt, daß es falsch sei, „Jörg Haider der extremen Rechten zuzurechnen.“ Und deshalb, so folgerte er, hat die FPÖ auch das Recht, an der Gestaltung der Politik mitzuwirken - auch in der Regierung.

**von Katja Arthofer
SOV Wien Mitte**

Somit kann sich Klestil der de facto Unterstützung der drei größten Parteien sicher sein. Auch wenn vermehrte Unnachtsüberungen von Teilern der SPÖ hörbar sind und Klima & Co immer wieder beteuern, daß die SPÖ niemanden unterstützt: Die Tatsache, daß sich die SPÖ vor lauter Angst zu Tode gefürchtet hat und keine/n eigene/n Kandidaten/In nominiert und bekannte Sozialdemokraten federführend im „Klestil 98“-Proponentenkomitee sind, wird die Wiederwahl Klestils zur Folge haben. Und damit eine deutliche Schwächung der SPÖ. Ironie am Rande: Die angebliche Anti-Privilegien Partei Nr. 1, die FPÖ, erteilt Klestil die Absolution betreffend seiner Pensionsaffäre, obwohl dieser laut NEWS seit Juli über den Pensionsbezug informiert war.

Knoll - alternative Kandidatin?

In den letzten Tagen kam wieder verstärkt die burgenländische evan-

gelische Bischöfin Gertraud Knoll als mögliche „alternative“ Kandidatin ins Gespräch. Doch abgesehen von positiven Ansätzen im Sozial- und AusländerInnenbereich, ist Knoll eine Kirchenvertreterin. Und selbst wenn sie alle Funktionen innerhalb der evangelischen Kirche zurücklegt, so wäre ihre Kandidatur in Bezug auf Trennung von Kirche und Staat doch problematisch. Ebenso wie die Tatsache, daß die Kandidatin von Knoll genauso wie jene von Wabl mehr oder weniger Privatsache ist. Keiner von beiden versucht, fortschrittliche Gruppen in ihren Wahlkampf zu integrieren oder als Sprachrohr für soziale Bewegungen, Arbeitslose, Jugendliche etc zu fungieren.

SOV-Veranstaltung mit Wabl

Die SOV lud am 12.2.1998 zu einer Veranstaltung mit Martin Wabl zur Frage „Martin Wabl - Kandidat der Linken?“ ein. Bei dieser Diskussion versuchten wir, konkrete Antworten zu bestimmten Punkten, wie Sozialabbau/Euro, Ausländerfeindlichkeit,

keit/FPÖ und NATO zu bekommen. Doch Wabl sprach eher allgemein über sein persönliches Politikverständnis und bezeichnete sich selbst aufgrund seiner Erfahrung als „in der Mitte“ stehend. Sein Wahlprogramm will er erst nach Ablauf der Frist für die 6000 für die Kandidatur notwendigen Unterstützungen bekannt geben und auf die Frage, ob er Sprachrohr für linke Gruppen sein wird, sagte er nur, „ihr könnt ja eh alle mitmachen...“

Knoll und Wabl stellen eventuell gewisse Kontrapunkte dar. Das alleine ist aber auch kein Programm. Die



Klestils Anbiederung an Haider

Chance mit einer gemeinsamen linken Kandidatin gegen Sozialabbau, Euro, FPÖ und NATO aufzutreten, wurde still und leise vertan.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV),
1070 Wien, Kaiserstr. 14/11
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Gegen Arbeitslosigkeit - Arbeitszeitverkürzung jetzt

Kürzer arbeiten - wie?

Die Reaktionen auf unsere letzte Titelseite zum Thema Arbeitszeitverkürzung (AZV) waren durchwegs positiv. „Ihr schreibt aber zuwenig, wie ihr euch AZV vorstellt und was das politisch bedeutet“ lautete aber auch die Kritik einiger Betriebsräte. AZV ist eine gesellschaftspolitische Frage, die weit über die betriebliche Ebene reicht. Sie ist eine Frage des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses.

von Michael Gehmacher
SOV-Gewerkschaftssprecher

Dies zeigt sich deutlich, wenn man in der Geschichte der 35-Stundenwoche „kramt“. Am 10. ÖGB-Kongress 1983 konnte ein überfraktionselles gewerkschaftliches Personenkomitee 100.000 Unterschriften für die Einführung der 35-Stunden Woche vorlegen. Es kam zum Beschluß für eine moderate Form der AZV einzutreten. Etwa einhalb Jahre später legte der damalige ÖVP-Sozialsprecher und Funktionär der Industriellen-Vereinigung Stummvoll ein Gegenkonzept zur AZV vor. Darin war von Bandbreitenmodellen zwischen 35 und 45 Wochenstunden in 26 wöchigem Durchrechnungszeitraum, aber auch von einer Ausdehnung der täglich möglichen Normalarbeitszeit von 9 auf 10 Stunden die Rede. Diese Maßnahmen wurden in den letzten Jahren großteils umgesetzt - die Unternehmer haben sich also weitgehend durchgesetzt. Auf seinem 12. Bundeskongress beschloß der ÖGB, auf die rasche Einführung der 35-Stundenwoche mittels Generalkollektivvertrag zu drängen.

AZV ist aus drei Gründen notwen-

dig: Der erste betrifft die Beziehung Mensch - Arbeitsplatz: Radikale Rationalisierungsprogramme bedeuten im wesentlichen mehr Arbeit in weniger Zeit. Betriebe werden in viele kleine Einheiten zerteilt, die alle für sich ihre Rentabilität beweisen müssen. Jede Arbeitsgruppe in einem Betrieb, jede Filiale einer Handelskette usw. alle müssen ihr marktwirtschaftliches Plansoll erreichen. Der enorme Druck lastet auf jedem/einzelnen. Verstärkte Ausbeutung, Stress usw. sind die Folge. AZV brächte Zeit für die wichtigen Dinge des Lebens.

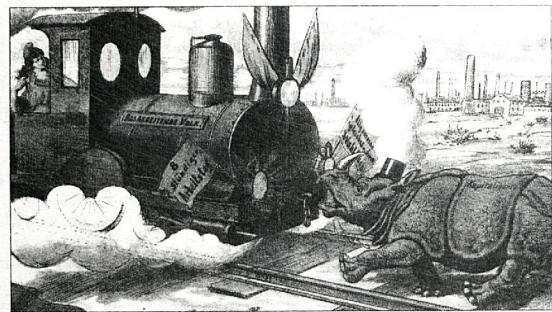
Das wichtigste Element ist wahrscheinlich die Schaffung neuer Jobs. Verschiedene Berechnungen zeigen, daß alleine die Einführung der 35-Stundenwoche 360.000 Arbeitsplätze schaffen würde. In erster Linie durch den gesteigerten Arbeitskräftebedarf in den Betrieben. Auch bewirkt die enorme Umverteilung von Profiten zu Löhnen ein Ansteigen der Nachfrage an Konsumgütern.

Drittens bedeuten erhöhte Einnahmen durch Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben und gleichzeitig weniger Ausgaben bei der Sozialversicherung, daß mehr öffentliche Gelder für den Ausbau von öf-

fentlicher Infrastruktur vorhanden sind. AZV wäre also eine gewerkschaftliche Offensivstrategie.

Arbeitszeit verkürzen - wie?

Klar ist, daß die alte Forderung nach einer 35-Stundenwoche nicht ausreicht und die 30-Stundenwoche bzw. der 6-Stundentag längst akut wären. Daß diese Forderung nicht gerade dem „herrschenden Zeitgeist“ entspricht, ist klar. Wie notwendig sie ist, zeigt eine 1981 veröffentlichte Studie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die feststellte, daß nur bei einer raschen Einführung der 35-Stundenwoche Beschäftigungseinbrüche durch die Einführungen neuer Technologien verhindert werden könnten. Legt man diese Aussage auf 1998 um, so muß man sagen: Der weitere technologische Fortschritt, die Privatisierungswelle, die Auswirkungen der sogenannten „Globalisierung“ sind nur mit einem internationalen Kampf für den 6-Stundentag beizukommen. Eine Arbeiterinnenbewegung die sich ernst nimmt, muß Konzepte auf den Tisch legen, die sich an den realen Notwendigkeiten und nicht am neoliberalen Zeitgeist orientieren. GPA-Vorsitzender Sallmutter hat sich jüngst für die Einführung einer 30-Stunden Woche ausgesprochen. Die Bemerkung des „zeitgeistigen“ Standard dieser Vorstoß sei so notwendig wie ein Kropf, zeigt wie



Schon vor 100 Jahren forderten die Gewerkschaften Arbeitszeitverkürzung

richtig Sallmutter mit diesem „Sager“ liegt. Allerdings spricht Sallmutter von der Möglichkeit die 30-Stundenwoche mit Arbeitszeitflexibilisierung zu kombinieren und die AZV teilweise ohne vollen Lohnausgleich einzuführen. Ein offenes Hintertür für spätere Verhandlungen? Kurzarbeit und verschiedene Flexibilisierungsmodelle zeigen aber, daß eine reine Verkürzung der Wochenarbeitszeit nur die Arbeit und damit die Belastung intensiviert. Aber selbst bei vollem Lohnausgleich wäre AZV bei gleichzeitiger Flexibilisierung der Arbeitszeit wenig beschäftigungswirksam. Wenn ein Unternehmer bei guter Auftragslage seine Leute 50 Stunden und mehr im Betrieb behalten kann, ohne Überstundenzuschläge zu zahlen, warum soll er dann neue Leute einstellen. Daher wäre die Forderung nach einem 6-Stunden Tag ohne „Wenn und Aber“ wesentlich zielführender. Nur in einigen Nischenbereichen wie z.B. Sozialein-

richtung wo eine Verkürzung der Tagesarbeitszeit schwer möglich ist, müßte man AZV mit einem anderen Modell umsetzen. Auch die Senkung der Lebensarbeitszeit muß ein Ziel der Gewerkschaftsbewegung werden. Derzeit gehen viel zu viele Menschen krank in die Pension, eine Tendenz die durch den verstärkten Leistungsdruck noch zunehmen wird.

Die Rekordarbeitslosigkeit von 301.480 (ohne Dunkelziffer!) hat ein Nachdenken ausgelöst. In vielen Gewerkschaften wird diskutiert, Arbeitsloseninitiativen wollen Kampagnen starten, und vieles mehr. Wir wollen in diese Bewegung offensive Strategien einbringen, wir müssen die Beschlüsse des ÖGB einfordern und ÖGB und GPA in ihrer politische Pflicht nehmen. Es muß aber allen Beteiligten klar sein, daß die alte Forderung nach 35-Stundenwoche längst nicht mehr ausreicht, um die Probleme der heutigen Zeit zu lösen.

'Neues' Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung

Alte Ideen

Mit gewisser Regelmäßigkeit wird von der Regierung in den ersten Monaten des neuen Jahres ein „neues“ Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgestellt. Neben den altbekannten Standardfloskeln wie „Exportoffensive“ und „Gründerwelle“ sind heuer die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit wie des Ausbildungssystems, die Bekämpfung der Schwarzarbeit und die Erhöhung der „Anpassungsfähigkeit“ Arbeitsloser an den Arbeitsmarkt die Kernpunkte des „nationalen Aktionsplans“.

von Ali Kropf
SOV Wien Mitte

Broschüre zur FPÖ bestellen: 01-524 63 10

FGÖ ab 1.Mai

Nach langem Hin und Her ist die FPÖ-Gewerkschaft nun doch von Innenminister Schlögl als Verein bestätigt worden. Die offizielle Gründung soll (nachdem bereits mehrmals verschoben) laut FP-Kreisen am 1. Mai stattfinden, dem Feiertag, der in Wien unter Mithilfe der FPÖ als Feiertag für die Verkehrsbetriebe gefallen ist. Es bleibt jedoch die Frage, aus wem sich die „Freie Gewerkschaft Österreichs - FGÖ“ zusammensetzen wird.

von Ali Kropf,
SOV Wien Mitte

Denn die meisten Personalvertreter und Betriebsräte der FPÖ winken bereits ab und zeigen sich nicht bereit aus dem ÖGB auszutreten und der FGÖ beizutreten. Bis auf die Exekutive. Dort hat die FPÖ ihr wahres Standbein mit rund 1/3 der Stimmen, und von dort stammten auch die ersten Rufe nach einer eigenen Gewerkschaft.

Die FGÖ soll von Reinhard Gaugg, dem Nazi-Buchstabilier, Bankbeamten, Obmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer und FP-Nationalratsabgeordneten, angeführt werden. In versuchten Kampfreden heißt es dann: „Die Herren Unternehmer werden uns noch kennenlernen... Österreich ist zu einem Steuerparadies für Unternehmer geworden: Das muß sich ändern.“ Nun, kennenzulernen brauchen die Unternehmer die FGÖ und Herrn Gaugg nicht mehr, denn das haben sie spätestens seit seinem Bettelbrief vom letzten Herbst. Darin hat die FGÖ-

Gilde der Unternehmer Kärntens um Geldspenden gebeten mit dem Hinweis, daß die FGÖ die Interessen der Arbeitgeber vertrate. Und am Steuerparadies Österreich hat die FPÖ



FPÖ-Polizisten-Demo

maßgeblich mitgearbeitet und noch Trümpe im „Talon“: weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit bis hin zum 12-Stundentag und der 60-Stunden Woche sowie weitere Steuererleichterungen für Unternehmer im FPÖ „Bündnis für Arbeit“.

Als Ziel wurde die Senkung der (ohnehin) beschönigten Arbeitslosenrate von derzeit 4,4 % auf 3,5 % und die Schaffung von 100.000 neuen Jobs gesetzt. Wie das aber genau geschehen soll, ist weder dem Papier, das bereits den „Sozialpartnern“ zur Verhandlung übergeben wurde, noch aus Politikerstellungen zu entnehmen. Lediglich SP-Wirtschaftssprecher Ewald Nowotny erklärte, daß die Verwirklichung kein Problem sei, denn „gesamtwirtschaftlich sei damit zu rechnen, daß im Zeitraum bis 2002 die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate auf 2,5 % ansteigen werde“ (laut SPÖ-Pressedienst vom 21.9.98).

Nun, ginge es nach dem immer vorausgesagten Wirtschaftswachstum dürfte es in Österreich keine Arbeitslosigkeit mehr geben. Dafür wird man/frau Maßnahmen wie etwa eine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung vergeblich suchen. Mittlerweile hat bereits der EU-Kommissar Yves-Thibault de Silguy bei einem Treffen für einen Aktionsplan gegen Arbeitslosigkeit der sieben führenden Industriestaaten (G-7) in London der Arbeitszeitverkürzung einen Korb erteilt. Arbeitszeitverkürzung sei kein „Wundermittel“, sondern ganz im Gegenteil, sie würde die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen gefährden. Als probates Mittel führt der G-7 Plan eine weitere „Reform“ des Wohlfahrtsstaates an, damit der „Anreiz“ für Arbeitslose, sich eine Arbeit zu suchen, gesteigert wird.

Ungelöst bleibt bei allen „Projekten“ auch das mathematische Problem, wie rund 20.000 freie Stellen im ganzen Bundesgebiet für 300.000 Arbeitslose reichen sollen und worin für die verbleibenden 280.000 Arbeitslosen der „Anreiz“ besteht, erst recht keinen Job aber dafür weniger Geld zu haben? Daraus erkennt man/frau sehr schön, daß es bei diesen Programmen gar



Klima wärmt alte Ideen auf

nicht um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht, sondern um weitere, verdeckte Angriffe auf den „Sozialstaat“.

Vergleicht man/frau das „nationale Aktionsprogramm“, das letzjährige „9-Punkte Programm“ mit dem „G-7 Aktionsplan gegen Arbeitslosigkeit“ so lassen sich viele Parallelen feststellen: Flexibilisierung, Deregulierung, Exportoffensiv, Aufweichung der Bürokratie, Sozialabbau beim Arbeits- und Notstandsgeld etc. In Folge wurden mit reger Anteilnahme der Gewerkschaften Flexibilisierungsabkommen in den Kollektivverträgen niedergeschrieben. Das Resultat der Programme der letzten Jahre sind ganze 504 Arbeitslose weniger als im Jänner 1997. Das ist nicht gerade ein Erfolg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bei einem Stand von 301.480 und dem gegenüber 18.373 offenen Stellen.

Anlässlich des Jahrestages wird wieder die Opferrolle präsentiert

Vor 60 Jahren: „Anschluß“ - Öst-

„Unsere Freiheit wurde durch die Standhaftigkeit des österreichischen Volkes errungen“ (Julius Raab, Bundeskanzler, ehemaliger austrofaschistischer Funktionär). „Wir haben, weil wir um keinen Preis, auch in dieser ernsten Stunde nicht, deutsches Blut zu vergießen gesonnen sind, unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben ... ohne Widerstand sich zurückzuziehen.“ (Bundeskanzler Schuschnigg 1938). Über 700.000 Österreicher waren Mitglied der NSdAP - 60.000 österreichische Jüdinnen und Juden, zehntausende österreichische Euthanaseopfer, 11.000 österreichische Sinti und Roma und 25.000 österreichische Regimegegner kamen in der NS-Vernichtungsmaschinerie, in der österreichische Nazis wie Adolf Eichmann und Ernst Kaltenbrunner eine tragende Rolle spielten, um.

von John Evers
SOV- Wien Mitte

1998 ist wieder ein Gedenkjahr. Einige Kränze werden niedergelegt, einige Reden gehalten, der eine oder andere "mutige" Politiker wird andeuten, daß Österreicher im Jahre 1938 nicht nur Opfer sondern auch Täter gewesen ist. Selbst in dieser verharmlosenden Form war dieses eingeschränkte "Mitschuldbekenntnis" jahrzehntelang nicht selbstverständlich (und ist es auch heute noch nicht, wie die Debatte um die Wehrmachtstaufstellung zeigt). Die Leugnung der aktiven Mittäterschaft Hunderttausender und die Erfindung eines nie stattgefundenen nationalen Befreiungskampf gegen den Nationalsozialismus hatten 1945 und danach handfeste Hintergründe.

Die Lebenslüge der 2. Republik

Österreich wurde 1945 durch die Alliierten und nicht aus eigener Kraft befreit. Daß es überhaupt zur Errichtung eines eigenen Staates Österreich kam, ist dem damaligen Kräfteverhältnis zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zuzuschreiben, die Europa in Einflussphären aufgeteilt hatten. Die Moskauer Deklaration der Alliierten von 1943 schrieb Österreich zwar eine Mitverantwortung zu. In Punkt eins aber wurde Österreich als erstes Opfer des Nationalsozialismus definiert, in Punkt zwei die Besetzung einfach für null und nichtig erklärt. Diese beiden Punkte bildeten die Grundlage, auf der die österreichischen Regierungen nach 1945 die Okkupationslegende schufen. Österreich: 1938 von außen ausgelöscht - 1945 wiedererstanden. Für die am Boden liegende österreichische Bourgeoisie war das der geeignete Rahmen, wieder Fuß zu fassen. Nazis konnten in führende Positionen integriert werden, eine Polarisierung um die NS-Frage und Abrechnung mit den Verantwortlichen verhindert werden. Deutsches Eigentum (welches damals nahezu die gesamte Industrie Österreichs war) wurde gegenüber Beschlagnahmungen der Alliierten einfach als österreichisches reklamiert. Einem Höhepunkt fand diese "Opferrollen"-Politik 1947 in der Forderung der österreichischen Bundesregierung nach Wiedergutmachungszahlungen von Deutschland.

Was führte zum Anschluß?

Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war in ganz Europa eine Periode von Revolution und Konterre-

volution. Die österreichische ArbeiterInnenklasse gehörte damals zu den bestorganisierten und kämpfe-

ten. Die Entwicklung in der 1. Republik ist ab 1920 (die Sozialdemokratie war seitdem in der Opposition)

von einem Rechtsruck von Christlichsozialen, Großdeutschen und Landbund und vom wachsenden Einfluß faschistischer Verbände geprägt. Die sozialdemokratisch geführte ArbeiterInnenbewegung war nicht in der Lage, wieder in die Of-



Protest gegen das Urteil von Schattendorf 1927



Staatsterror gegen ArbeiterInnen 1934

für die Austrofaschisten: Antimarxismus, Antisemitismus, Deutschnationalismus sowie die Beseitigung von "Friedensdiktaten" waren ihr Credo. Um 1923 entstanden aus früheren Bauern- und Bürgerwehren die Heimwehren, die ab 1927 in allen Bundesländern vertreten waren. Trotz bedeutender innerer Rivalitäten und Differenzen fungierten sie als der "außerparlamentarische Arm der besitzenden Klassen" (Weinzierl).

Vor allem der deutschnationalsteirische Heimwehrführer Pfrimer machte sich durch sein brutales Auftreten gegen Streikende einen Namen. Zwischen 1927 und 1934 wurden die Heimwehren zu einem maßgeblichen Faktor. Zum Zeitpunkt ihrer größten Ausdehnung - 1929 - verfügte sie über 300.000 Mitglieder und setzten sich zu 90 % aus Bauern und Kleingewerbetreibenden zusammen. 1930 formulierte sie mit dem Korneuburger Eid offen die Errichtung eines faschistischen Staates als Ziel. Ein abenteuerlicher faschistischer Putschversuch Pfrimers 1931 scheiterte noch 1932 schloß der Heimwehrführer Starhemberg ein Bündnis mit den Christlichsozialen, daß 1934

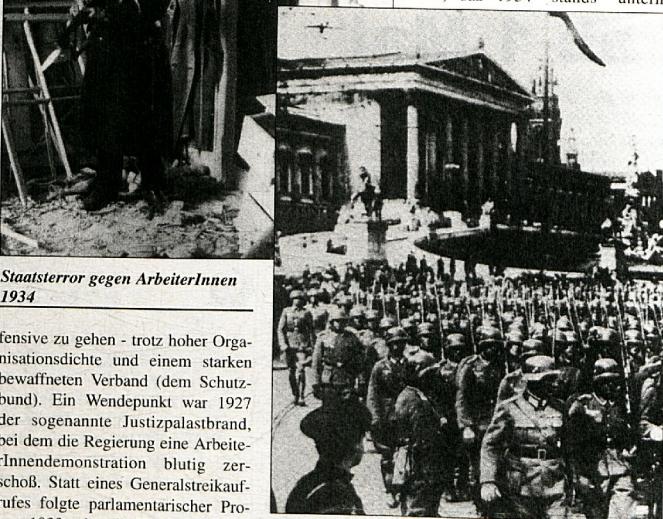
großangelegte Terrorwelle ihre bisher größte Aktivität, die im selben Jahr der Anlaß zu ihrem vorläufigen Verbot war.

Vom Bürgerkrieg zum Anschluß

Das Bündnis Dollfuß/Starhemberg erreichte mit 12.2.1934 endgültig eine faschistische Diktatur in Österreich. Eine nicht unwe sentliche Rolle spielte dabei Mussolini, der die Regierung massiv unterstützte. Nachdem die ArbeiterInnenbewegung durch Terror, Verbot, Lager und Todesurteile weitgehend ausgeschaltet worden war, nahm nun die Rivalität zwischen Austro- und Nazifaschismus zu. Bei einem gescheiterten NS-Putschversuch im Juli 1934 wurde Bundeskanzler Dollfuß getötet. Die Ereignisse zeigten, wie schnell der Einfluß der Nazis nach der Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung gestiegen war und wie sehr sie den Staatsapparat bereits unterwandert hatten: "Am helllichten Tag konnten sich 160 Hakenkreuzer in einer Schule versammeln ... die 'beste Polizei der Welt' hat davon nichts bemerkt! Sie war gerade mit Massenverhaftungen von Sozialisten beschäftigt! Am helllichten Tag konnten Putschisten in das Bundeskanzleramt eindringen, die Minister verhaftet, den Bundeskanzler töten - die Militärwache ... hat nicht den geringsten Versuch eines Widerstands unternommen" (AZ, 29.8.1934).

Dollfuß selbst hatte die Polizei mehrmals aufgefordert nicht einzutreten und Dollfuß' Nachfolger Schuschnigg ging sogar soweit, das Vermittlungsbau des deutschen Gesandten anzunehmen. Ähnlich "konsequent" war die Regierung Schuschnigg gewillt, in den folgenden Jahren den Nationalsozialismus zu bekämpfen. NS-Publikationen überschwemmten das Land, die Nazis wuchsen zwischen 1934 und 1938 auf 90.000 "Illegalen"

an. Durch Bildung der "Achse" Deutschland-Italien, wurde die Bindung zwischen dem österreichischen und italienischen Faschismus gelöst. Die deutsche Führung ihrerseits setzte nun auf den Weg des "kalten Anschlusses" Österreichs - mittels Zuckerbrot und Peitsche. Im Juli 1936 wurde zwischen Schuschnigg und Hitler ein Abkommen getroffen, welches Österreich verpflichtete, als "deutscher Staat" die deutsche Außenpolitik zu unterstützen. Im Jahre 1937



Der "Anschluß" 1938: Ergebnis der politischen Entwicklung seit 1918

erfolgreich den Widerstand der österreichischen ArbeiterInnenklasse brach.

Die österreichischen Nationalsozialisten erlangten erst ab Anfang der 30er Jahre Bedeutung. Bei Landtagswahlen 1932 schafften sie in einigen Bundesländern erstmals Mandate, bei Gemeinderatswahlen 1933 in einigen niederösterreichischen und tiroler Städten erreichte sie im Schnitt 25-30 %. 1933 entfalteten die österreichischen Nazis durch eine

Die faschistische Bewegung in Österreich vor 1934

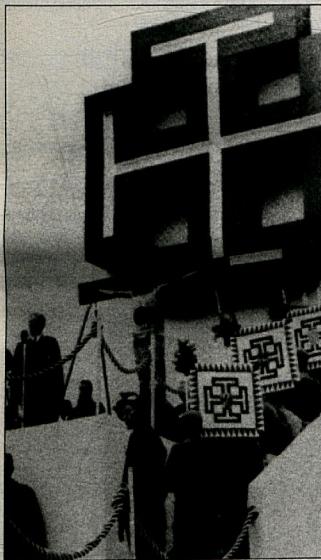
Am 30.4.1920 wurde in Wien die Frontkämpfervereinigung gegründet. Sie bildete den wichtigsten Ansatzpunkt sowohl für die österreichischen Nationalsozialisten, als auch

Österreich war kein Opfer!

begann das - durch die Rüstung ausgelöste - deutsche Wirtschaftswunder zu verblessen. Die Naziführung begann auf Expansionsskurs zu gehen: Österreich und Tschechoslowakei waren die ersten Ziele. Unmittelbar nach dem „Anschluß“ übernahm die Reichsbank 90.000 kg Gold von der österreichischen Nationalbank. Die österreichische Energie und Industrieproduktion waren wichtig für die deutsche Rüstung.

Wer war bereit 1938 Widerstand zu leisten?

Bereits 1937 war eine Delegation von Betriebsvertrauenspersonen bei Schuschnigg mit einer Denkschrift erschienen: „Nur Organisationen, in denen die Arbeiter wirklich frei und unabhängig sind, in denen sie ihre



Austrofascismus in Österreich - vor 1938

Vertrauensmänner selbst wählen und kontrollieren, können eine wirksame aktive Abwehr gegen den Nationalsozialismus bilden.“ Trotz der Repression hatten Hunderttausende diese Denkschrift unterzeichnet. Am 7.3.1938 - wenige Tage vor dem „Anschluß“ fand in Flöridsdorf eine bundesweite Betriebsrätekonferenz statt. Diese beschloß allerdings kein eigenes Vorgehen, sondern ein Verhandlungsangebot an Schuschnigg, mit diesem - bei gewissen Zugeständnissen - gemeinsam zu kämpfen. Schuschnigg und die Austrofaschisten wollten aber nicht kämpfen und waren unter keinen Umständen zu Konzessionen an die Arbeitnehmerklasse bereit. Schon im Jänner 1938 war der für den Verteidigungsplan gegen Deutschland verantwortliche General entlassen worden. Die Nazis konnten sich legal betätigen. Seyß-Inquart wurde Innenminister. Bis März 1938 war das austrofaschistische Regime mit seiner Selbstdemontage beschäftigt. Einerseits öffnete das den Nazis im Staatsapparat

endgültig Tür und Tor. Andererseits schaffte das auch kurzfristig Freiräume für eine ansatzweise Neukonstituierung der ArbeiterInnenbewegung. Zudem hatte Schuschnigg plötzlich eine Volksabstimmung angeordnet. Diese unübersichtliche Situation führte zur raschen Verwirrung von Hitlers Expansionsplänen: Am 12.3.1938 marschierte die deutsche Wehrmacht ein, ohne, daß ein Schuß der Gegenwehr fiel.

Nationale Unterdrückung?

Die These, Österreich einfach als Opfer einer fremden Macht und den „Anschluß“ als Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts der österreichischen Nation zu bezeichnen, greift zu kurz. Keine einzige österreichische Partei ging nach 1918 von der Lebensfähigkeit Österreichs aus. Artikel zwei der Verfassung strebte den Anschluß an Deutschland an, dieser wurden durch das Veto der Alliierten des ersten Weltkriegs 1919 verhindert. Mit dem Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland 1933, nahmen Sozialdemokraten und Austrofaschisten Abstand von der Idee der staatlichen Einigung: Die SDAP strichen den entsprechenden Paragraphen aus ihrem Programm, die Austrofaschisten sprachen vom unabhängigen, deutschen Österreich. Das änderte aber grundsätzlich noch nichts am Verständnis, daß es sich im Prinzip um ein deutsches Volk und eine Nation handle. Die illegale Nachfolgeorganisation der Sozialdemokratie die „Revolutionären Sozialisten“ hielten bis in die 40er Jahre am Konzept einer gesamtdeutschen Revolution fest.

Die Erschaffung der „österreichischen Nation“

Die eigentliche Begründung für eine eigenständige österreichische Nation lieferte die KPÖ, die nach 1934 gegenüber den SozialistInnen stark an Einfluß in der ArbeiterInnenbewegung gewann. Im Sinne von Stalins internationaler Politik, die ab 1935 den Klassenkampf einem klassenübergreifenden Volksfront-Kampf gegen Faschismus unterordnete, „entdeckte“ der österreichische Kommunist Alfred Klahr die österreichische Nation. Bis 1938 wurde die KPÖ-Linie zu einem aggressiven österreichischen Nationalismus entwickelt, der dem österreichischen Volk grundsätzliche antifaschistische Eigenschaften andichtete (z.B. besondere Resistenz gegen den Faschismus, tiefe Abneigung gegen alle Führerprinzipien).

Die Klassennatur des Faschismus wurde negiert: „Der Unabhängigkeitskampf ist deshalb ein nationaler Kampf weil er Aufgaben zu lösen

hat, die das ganze Volk betreffen.“ Es ist nur logisch, daß die KPÖ 1938 dem austrofaschistischen Regime bedingungslose politische (!) Unterstützung mit folgenden Worten anbot: „...Berchtesgaden hat den Widerstand unseres Volkes verhindert... Alle Unterschiede der Weltanschauung, alle Parteiunterschiede treten zurück vor der heiligen Aufgabe... Rot-Weiß-Rot bis in den Tod!“

Durch die Moskauer Deklaration 1943 erhielt die KPÖ-Linie einen Rahmen, der diese zu einer Art Grundkonsens zwischen den Gründungspartheien der 2. Republik (ÖVP, SPÖ und KPÖ) werden ließ. Tatsächlich entwickelte sich eine österreichische Identität erst nach 1945, als durch Wirtschaftsaufschwung und politische Stabilität Österreich in den Augen der breiten Masse seine „Lebensfähigkeit“ bewies. Ein „Treppenwitz“ der Geschichte ist hierbei, daß für das Selbstverständnis der 2. Republik der Antikommunismus eine tragende Säule wurde.

Die Täter

In Österreich (...) hatten die Widerstandskämpfer in einer zum Teil feindlichen, von Denunzianten und fanatischen Regimeanhängern durchsetzten Umwelt zu wirken, gegen einen perfekt organisierten Terrorapparat und eine gewaltige Propagandamaschinerie anzukämpfen.“ (Wolfgang Neugebauer). Die triste wirtschaftliche Lage während des Austrofascismus (jährliche Netto-Lohnsenkungen von 5-8 %), die Niederlage der ArbeiterInnenbewegung ..., all das hatten den Boden für die Entwicklung einer Massenbasis für die Nazis bereitet.

Hinzu kam der in Österreich traditionell starke Antisemitismus. Hitlers Vorbilder waren die österreichischen Antisemiten Lueger und Schönerer gewesen. Extremer Antisemitismus zog sich durch die Programmatik aller bürgerlichen Parteien in der ersten Republik. Selbst die Sozialdemokratie griff in der Propaganda des öfteren zu antisemitisch geprägten Bildern. Bereits im März 1938 kam es zu Pogromen, in die die NSDAP sogar disziplinierend eingriff. Hunderttausende ÖsterreicherInnen haben Hitler am Heldenplatz 1938 begrüßt. Auch wenn man Manipulation und eine vorhergegangene Verhaftungswelle miteinrechnet, hat mit offiziell 99 Prozent, sicher ein hoher Bevölkerungsanteil mit „Ja“ zum „Anschluß“ gestimmt. Die Bourgeoisie, die Spitze der Kirche und auch Teile der Sozialdemokratie (wie Karl Renner) taten das ebenfalls. 1.2 Millionen Österreicher haben in einer keineswegs „sauberen“ Wehrmacht an Vernichtungskriegen teilgenommen.

Opfer und Täter

Über 60.000 österreichische Juden und zehntausende Angehörige anderer



„Opfergruppen“ wurden durch den NS-Terror ermordet. Bereits der erste österreichische Transport nach Dachau bestand fast zur Hälfte aus Juden. Mit dem „Anschluß“ setzte sofort die Diskriminierung und Verfolgung durch 250 Verordnungen allein in den ersten sechs Monaten ein: Verbot des öffentlichen Schulbesuches, Berufsverbote, Arisierungen ... führten ab 1942 konsequent in die Endlösung.

Aber es gab auch mehrere 10.000 ÖsterreicherInnen, die ab 1934 als WiderstandskämpferInnen ihr Leben riskierten. Mit dem „Anschluß“ gelang es der mit einschärften SS, SD und Gestapo zunächst den Widerstand de facto zu zerschlagen. Ab 1941 kam es zum Wiederaufbau kleiner Gruppen und ab 1942 begannen in Tirol, im slowenischen Süd-

gemessen an ihrer Größe, höchsten Blutzoll leisteten die KommunistInnen und Kommunisten.

Mit der Unterstützung Stalins wurde 1945 die zweite Republik unter dem Anschlußbefürworter Renner gegründet. Ausdrückliches erklärtes Ziel der Sowjetunion war es, „nicht die Gesellschaftsordnung“ zu verändern. Aus dem „antifaschistischen Grundkonsens“ scherte die ÖVP schnell aus. Die ÖVP forderte bereits 1945 die Wiederzulassung ehemaliger NSDAP-Mitglieder zu Wahlen. 1948 wurde mit dem Minderbelastungsgesetz die Entnazifizierung de facto abschlossen.

Der Kampf gegen die „rote Gefahr“ und das Buhlen um die Stimmen der „Ehemaligen“ rückte für SPÖ/ÖVP in den Mittelpunkt. Von 13.000 nach dem Kriegsverbrechergesetz Verur-



Die Alliierten basteln mit am Opfermythos

kärten, später in der Steiermark und im Salzkammergut Partisanenaktionen. Ebenso kämpften vor allem KommunistInnen und SozialistInnen an der Seite der jugoslawischen Partisanen.

Die bürgerliche Ö5 bildete sich 1944 - sie versuchte später die Zerstörung Wiens zu verhindern. 2.700 ÖsterreicherInnen wurden als aktive WiderstandskämpferInnen zum Tode verurteilt. Über 16.000 kamen in den KZs um, davon fast 2.000 im oberösterreichischen Mauthausen. Den,

teilten befanden sich bei Abschluß des Staatsvertrages 1955 gerade noch 14 in Haft. Für KZ-Schergen wurden Pensionen und Entschädigungen gezahlt. Demgegenüber kam niemand auf die Idee die 120.000 vertriebenen JüdInnen wieder in die Heimat zu bitten. Ganze Opfergruppen sind bis heute von jeglicher Entschädigung ausgeschlossen. Im Staatsvertrag wurde die Klausel der österreichischen Mitschuld gestrichen.

ORF

Programmierte Volksverblödung

Der ORF wird privatisiert und in eine AG umgewandelt. Bald werden auch die ersten Privatsender im Dienste von Kirche, Mediaprint & Co. den Betrieb aufnehmen. Als Reaktion auf die drohende Konkurrenz führt die ORF-Intendanz einen „Verzeichnungskurs“.

Gustav Nowotny
SOV Wien West

Man könnte fast meinen (oder sich sicher sein): Die Verantwortlichen im ORF haben vergessen, daß der ORF als staatlicher Fernsehsender tatsächlich einen Bildungsauftrag hat. Akribisch kopiert der ORF sowohl Inhalt als auch Zusammensetzung der Privat-Programme ähnlich einem Kochrezept. Dieses könnte etwa so lauten: man nehme eine Handvoll Heile-Welt-US-Sitcoms (tägliche Endlosfamilienstories), gebe einige Actionserien der gleichen (billigen) Machart dazu und vermengen das ganze mit sensationsgel-dümmlichen Talkshows a la „Vera“. Nun können noch Sportsendungen (oft und lang) sowie ein paar spätabendliche Softpornos untergemengt wer-

den. Als Zutat für Action und Spannung sind derzeit hausbackene Serien wie „Medicopter 117“ sehr beliebt. Letztere präsentiert sich als binnendifferenzielle Pendant zu „Baywatch“. Schöne Menschen, unbirrbar heldenhafte Charaktere, Stories mit einer Prise Herzschmerz - wie beim „großen“ Vorbild. Augenfällig wurde die Ähnlichkeit von Medicopter 117 zu Baywatch schon in der ersten Folge, als ein bei einem Segeltörn in Bedrängnis geratenes Duo (zwei Schönlinge, eine schwangere Frau) durch den Medicopter geborgen wurde und anschließend die Schwangere ihr Kind im Hubschrauber zur Welt brachte (!).

„Young and beautiful“

Ganz im „Medicopter-Trend“ liegt

da auch eine weitere, noch junge ORF-Kreation: „One“, das Lifestyle-Magazin von und mit Elke Winkens. Frau Winkens ist bekannt aus den „Kranken Schwestern“, einer guten und kritischen Kabarett-Serie, die im Metropol aufgezeichnet und im ORF



Neo Moderatorin Gerti Senger

gezeigt wurde. Was sie jetzt mit „One“ präsentiert, entspricht voll dem „young and beautiful“-Konzept:

Sie zeigt uns z.B., was „normale“ junge Menschen mit ihrer Freizeit anfangen könnten, wären sie nur Kinder der „oberen Zehntausend“. So kann sich das Publikum eben nur leicht gefrotzt fühlen, wenn Elke Winkens mit Skier aus dem Medicopter hüpf und „Helicopter-Skiing“ als den Trend-Wintersport anpreist. Zumal bei jungen Menschen die Ängste um Ausbildungs- und Arbeitsplätze wahrscheinlich immer öfter vor der Sorge „Wie bin ich möglichst cool + hip?“ rangieren. Der endgültige Absturz in den „One“-Schwachsinn kommt aber bei den eingestrauten Interviews - z. B. mit Tiergarten-Direktor Pöchlärner über „das Tier im Menschen“ (!).

ORF neu?

Gekrönt wird das Bild des „neuen“ ORF durch eine - ebenfalls bei den Privaten abgekupierte - „erotische Infotainment-Show“ namens „Lust auf Liebe“, von und mit „Sexpertin“ Gerti Senger. Letztere will ihre Show

als seriöses Gegenstück zu den „schmuddeligen“ Konkurrenzprodukten anbieten. Wäre die Seriosität der Show an sich schon zu bezweifeln (z. B. werden obskure Liebes-tränklein angepriesen), so gleitet die Sendung mit „Liebes-Clips“ (sprich Sexfilmchen) tatsächlich endgültig in „Schmuddelecke“ ab.

Zeit im Bild 3

Auch die kürzlich neu eingeführte „Nachrichten“-Sendung um Mitternacht „Zeit im Bild 3“ entspricht voll und ganz dem neuen Gesicht des ORF. Man wolle damit das „junge, urbane Publikum“ ansprechen. Ob das gelingen kann, wenn von 30 Minuten nur ca. 5 Minuten Nachrichten sind und der Rest aus „Trends“ und „Tips“ à la wieviel Paar Schuhe dieser und jener Promi hat, sei dahingestellt.

Was übrigbleibt, ist ein schaler Nachgeschmack, und die Erinnerung an den Club 2 und „Phettbergs nette Leit Show“.

In eigener Sache

Unser Spendenkonto: PSK 8812.733

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Sofortige Einführung eines Mindestlohns von öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher,

der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Weg mit allen rassistischen Gesetzen! Den Kampf dafür müssen aus- und inländische ArbeitnehmerInnen und Jugendliche

NATO - gegen die Errichtung eines Berufsheeres - für die Auflösung aller stehenden Einheiten.

- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Nein zur Wirtschaftsdiktatur der Unternehmer. Für die Vergesellschaftung der Schlüsselinustrie unter Kontrolle der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Für Sozialismus International

- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleich-

demokratischer

Bewegung

der Grünen. Wir

nein zu

Oppositionen

und InteressenvertreterInnen

und Gewerkschaften

Schulen mit

die Gründung

Offensive Vor-

trag sein.

einer neuen interInnenbewe-

TERMINE

- | | |
|--|-------------------|
| 7.3. „Frauen in die Sozialistische Offensive“ | Regionalgruppe OÖ |
| 9.3. „Frauenhandel und Sextourismus“ | FrauenStammtisch |
| 10.3. „Anschluß 1938 - War Österreich ein Opfer?“ OG Wien West | |
| 10.3. „Österreich - das erste Opfer?“ um 20 Uhr | OG Wien Süd |
| 25.3. „Was bedeutet die Krise in Südostasien für uns?“ | |
| | OG Wien Mitte |
| 27.3. „150 Jahre Kommunistisches Manifest - und trotzdem aktuell!“ | |
| | OG Wien Nord |

Ortsgruppen der SOV

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren? Komm in eine SOV-Ortsgruppe oder ruf uns an: 0222/524 63 10

Wien

Ortsgruppe Wien Süd:

jeden Dienstag 19 Uhr
4; „Das Wirtshaus“,
Joh. Straußg. 42 (Ecke Schellinge)

Ortsgruppe Wien West:

jeden Dienstag 19.30 Uhr
„Club International“
16, Payergasse 14

Ortsgruppe Wien Nord:

jeden Freitag 19.30 Uhr
„Cafe Spectrum“
2; Arneborghasse 8

Ortsgruppe Wien Mitte:

jeden Mittwoch 19 Uhr
7; „Amerlinghaus“ Stiftg. 8

GewerkschaftsStammtisch:

Termine nach Rückfrage

„Zentrum Erdberg“;

3; Lechnerstr.2-4

FrauenStammtisch

jeden 2. und 4. Montag im Monat,
„Zentrum Erdberg“; 19 Uhr
3; Lechnerstr.2-4

Oberösterreich - Wels

jeden Samstag 14 Uhr
„Hotel Kiew“ Stelzhammerstraße

Niederösterreich - Wr. Neustadt

Cafe Einhorn, Singergasse
Termine bei der Redaktion

Kampffonds aktuell



von Ali Kropf



Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzeitungsaufzeigten, den wir erreicht haben.

Ziel Dez. bis Feb.: 60.000 öS - davon erreicht: 45 %

Ziel März und April: 40.000 öS

Besonderer Zeitungsvorlauf:

Bei den Feierlichkeiten zum 12. Februar 1934: 53 Stück

Übrigens - jetzt Vorwärts abonnieren. Denn: Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!

Jetzt aktiv werden!

Die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Die SOV kämpft gegen Sozialabbau, Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Die SOV interessiert mich, ich möchte:

- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Mitglied der SOV werden

VORWÄRTS abonnieren!

- sozialistisch
- antifaschistisch
- international
- Jeden Monat neu:
Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!
- Ja, Vorwärts interessiert mich, ich möchte:

 - ein Normal-Abo (10 Nr. öS 200,-)
 - ein Sozial-Abo (10 Nr. öS 100,-)
 - Gewerkezeitung „Die Einheit“ (Jahresabo 4 Nummern öS 100,-)
 - Stk Vorwärts zum Weiterverkauf! (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

PSK 8812.733

DEN!



Neues aus dem CWI

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI)/ Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

Deutschland

Konferenz der SAV

Die Sozialistische Alternative (SAV), deutsche Schwesterorganisation der SOV, hielt von 6.-8.2.98 in Köln ihre Bundeskonferenz ab. Diese begann mit einem Bericht des Vertreters des KAI/CWI und wurde dominiert von den Auswirkungen der Krise in Südostasien und den Perspektiven für Deutschland. Diesbezüglich wurde beschlossen, bei den Bundestagswahlen im September in einer Reihe von westdeutschen Städten zu kandidieren. Für die Zweitstimme ruft die SAV für die PDS auf (im Osten auch für die Erststimme). Wichtige Punkte waren weiters die Diskussion über ein neues Statut und zukünftige Gewerkschafts- und Betriebsarbeit. Es waren VertreterInnen des CWI aus Belgien, Britanniens und Österreich sowie anderer Organisationen (UIT, LIT, VSP, RSB) anwesend.

Kasachstan

Sieg für Ionur!

Ionur Kurmanov, Sergei Kolokolov und Vasili Nikolaeve waren vom kasachischen Staat angeklagt worden (z.B. wegen "Irreführung der Jugend") - der wirkliche Hintergrund war ihre politische Tätigkeit. Gegen Kürzungspolitik und für die Rechte von ArbeiterInnen und sozial Schwachen. Es gab international Proteste, organisiert vom Komitee für eine Arbeiterinternationale (auch in Österreich). Am 24.2. erhielten wir die Nachricht, daß diese Solidarität erfolgreich war. Es kam zwar im Prozeß zu Verurteilungen - aber alle nur bedingt! Das die drei nun frei sind ist ein Sieg der Kampagne!

Britannien

Liverpooler Docker

Nach 28 Monaten mußte der Kampf der Liverpooler Docker beendet werden. Die 500 Hafenarbeiter hatten sich gegen die Wiedereinführung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse und gegen Entlassungen gewehrt. Bei Versammlungen etc. der Streikenden gab es rege Beteiligung und die Möglichkeit für jeden, sich einzubringen. Die Frauen der Hafenarbeiter organisierten sich als "Women of the Waterfront". Es gab landesweite und internationale breite Solidarität, organisiert u.a. vom KAI/CWI. Nur die zuständige Gewerkschaft TGWU unterstützte den Kampf nicht und versteckte sich hinter den Anti-Gewerkschaftsgesetzen - ein Hauptgrund für den Abbruch des Kampfes. Trotzdem sind die Liverpooler Hafenarbeiter international ein leuchtendes Beispiel für Widerstand!

Irak - Golfkrise

Atempause am Golf

Vorerst scheint die Golfkrise gebannt - UNO-Generalsekretär Annan war "erfolgreich". In letzter Minute stimmte der Irak zu, den UN-Rüstungskontrollen uneingeschränkten Zugang zu zu erlauben, auch in die acht präsidialen Anlagen. Bedeutet das Frieden für die Region und Verbesserungen für das irakische Volk?

von Ken Horvath
SOV Wien Mitte

Daß die Beweggründe für die US-Agression nicht Humanität & Gerechtigkeit sind, liegt auf der Hand. Saddam Hussein, der heute US-Feindbild Nr. 1 ist, war Jahrzehntlang US-Bündnispartner. Z.B. im 8-jährigen Krieg gegen den Iran, um den Vormarsch des islamischen Fundamentalismus zu stoppen. Da störte es nicht, wenn er gegen Kurden, mitunter auch mit Giftgas, vorging. Auch damals war der Irak eine Diktatur, auch 1980 ging die Provokation vom Irak aus. Nur handelte Hussein damals im Interesse des Imperialismus. 10 Jahre später änderte sich seine Rolle - er wurde zum Feind, da er wichtige Ölieferranten und somit auch den weltweiten Ölmärkt bedrohte.

Auch die jetzige Golfkrise hat nicht in erster Linie mit den irakischen Waffenvorräten zu tun. Würden alle Regimes die über biologische Waffen verfügen, bekämpft werden, hätten die USA alle Hände voll zu tun,

nicht zuletzt mit sich selbst. Der Irak hat im Vergleich zur Zeit nach dem Krieg gegen den Iran, als er von westlichen und östlichen Staaten hochgerüttet wurde, heute kaum noch militärische Stärke. Sowohl der britische als auch der amerikanische Imperialismus wollen die Kontrolle über die Golfregion und damit über die bedeutendsten Ölieferranten der Welt zu behalten. Die USA wollen klar machen: Kein Regime darf sich dem Willen der USA widersetzen. Wer UNO-Resolutionen und Sicherheitsratsbeschlüsse, die im Interesse der USA liegen (und nur solche), nicht beachtet, hat mit drastischen militärischen Sanktionen zu rechnen. Allerdings tun sich USA und Britanien heute - im Gegensatz zu 1991 - schwer, Verbündete zu finden, nicht nur in Europa. Frankreich und Deutschland können sich eine Einmischung nicht leisten, zu groß ist in Zeiten von Arbeitslosen- und Studierendenprotesten die Gefahr einer breiten Anti-Kriegs-Bewegung. Die 1991 propagierte "Neue Weltordnung" hat weder Frieden noch Wohl-

stand gebracht, der Einfluß der USA ist zurückgegangen, die Spannungen zwischen den imperialistischen Staaten größer geworden.

Krieg löst keine Probleme

Klar ist, daß weder eine diplomatische noch eine militärische Lösung, die Vielzahl an Problemen der Golfregion lösen kann. Die ganze Region ist ein Spielfeld des Imperialismus, die Grenzen sind künstlich gezogene, die Regierungen allesamt Diktaturen. Auch nun läßt sich die USA nicht festlegen, behält ihre Militäreinheiten im Persischen Golf. USA und Britanien wollen sich die Option weiterer militärischer Schritte beim Nichteinhalten des Abkommens durch den Irak vorbehalten. Am besten eine Blankounterschrift für zukünftige Militärschläge durch die UNO! US-Außenministerin Albright meinte dazu ungewohnt ehrlich, es gehe ja schließlich um die "Verteidigung nationaler Interessen". Obwohl der Irak doch sogar auf einem anderen Kontinent ist.

Das jetzige Abkommen ist keine Lösung, sondern maximal eine Atempause. Auch in Zukunft wird die USA versuchen, ihre imperialistischen Interessen auch mit Waffengewalt durchzusetzen. Nach acht



Saddam: Lange US-Partner

Jahren Krieg, der den Irak in den wirtschaftlichen Ruin führte, und weiteren acht Jahren Embargo, ist die Lage der irakischen Bevölkerung erbärmlich. 1/3 der Kinder leiden unter den Auswirkungen des Embargos, der Lebensstandard großer Teile der Bevölkerung ist drastisch abgesunken.

Kein Zulassen von UN-Inspektoren, kein Öffnen der Palastanlagen, keine Änderung der Import- und Exportquoten aber v.a. auch kein neuer Golfkrieg wird der Bevölkerung letztlich zu einem besseren Leben verhelfen können. Nur ein Sturz der Husseidiktatur aus dem Inneren des Landes kann den irakischen Massen einen Weg voran weisen.

Südostasien nach dem Börsenkrach

Asien in Aufruhr

Zwischen Politik und Wirtschaft gibt es engste Verknüpfungen - die wirtschaftliche Krise in Südostasien hat politische Konsequenzen, es gibt Streiks und Unruhen, Politiker treten zurück, Regierungen werden gestürzt. Der amerikanische Geheimdienst CIA befürchtet "soziale Unruhen in Asien". Und US-Finanzminister Rubin tritt für die finanzielle "Unterstützung" der Region ein - nicht aus humanitären oder moralischen Gründen, sondern weil dies "bedeutend für die amerikanischen Sicherheitsinteressen sei".

von Sonja Grusch,
SOV Wien Nord

Seit Mitte 1997 haben sich die einstigen Musterländer des Kapitalismus, die südostasiatischen Tigerstaaten, von Modellen zum Alptrum entwickelt. Die Börsen brachen zusammen, die Währungen wurden abgewertet, die Staaten und Unternehmen wurden zahlungsunfähig. Die gesamte Weltwirtschaft ist davon betroffen.

Selbst US-Notenbank-Chef Greenspan, der im Herbst noch von einer "heilsamen Korrektur" sprach, fürchtet nun ein Übergreifen der Krise auf andere Regionen. Angesichts der fortgeschrittenen internationalen Verflechtung der Wirtschaft und der insgesamt schwachen Position des Kapitalismus - der "Aufschwung" der letzten Jahre war ein "jobloser" und hat die Staatsverschuldungen weiter erhöht. Es stellt sich nicht mehr die Frage, ob die Weltwirtschaft in eine Rezession eintritt, sondern nur wann und wie tief diese sein wird.

Daß eine derartige Krise auch in Europa, den USA und Japan drastische politische Auswirkungen haben kann, läßt sich anhand der Ereignisse in Südostasien erahnen.

Soziale Spannungen

Während die Medien über die Verzweiflung von Bankern und Managern berichten spielen sich die wahren Dramen anderswo ab. Millionen Menschen in Südostasien haben in den vergangenen Monaten ihren Arbeitsplatz verloren, Millionen weitere zittern um ihren. Und das in Ländern, in denen es de facto keine Sozial- oder Arbeitslosenunterstützung gibt. In Südkorea z.B. werden bis März mehr als eine Million ArbeiterInnen ihren Job verlieren, die Arbeitslosigkeit wird von 2,8 % auf 6 % ansteigen. In den nächsten drei Jahren werden weitere drei Millionen Jobs vernichtet werden.

Unsicher sind in Südkorea auch die Pensionen, welche ArbeiterInnen seit Jahren in Pensionsfonds eingezahlt haben - 25 Milliarden Dollar, mit denen spekuliert wurde und die nun massiv gefährdet sind. In ganz Südostasien sind Millionen Menschen von Armut bedroht. In Indonesien (189 Millionen EinwohnerInnen) gibt es offiziell 24 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, in den nächsten Monaten werden es bis zu 48 Millionen werden!

"Großzügig" gibt es vom Interna-



Massenstreik in Südkorea 1996/97 - Der Auftakt für 1998

tionalen Währungsfonds (IWF) "Unterstützung". Insgesamt werden Beträge von 160 Milliarden Dollar genannt, die der IWF an Krediten nach Südostasien vergibt. Mit ganz klaren Zielen: diese Märkte für v.a. US-Kapital zu öffnen und Konkurrenz auszuschalten. Die Kredite sind an handfeste Forderungen geknüpft: Schließung von Betrieben, Abbau bei den Beschäftigten, Rücknahme bei den Subventionen. In Malaysia z.B. wurde bereits verkündet, die Staatsausgaben um 18 % zu kürzen.

Massenproteste der Tiger

In den letzten Jahrzehnten hat sich durch die Industrialisierung der Tigerstaaten (aus Agrargesellschaften) eine starke ArbeiterInnenklasse entwickelt. Diese wird nun von den Auswirkungen der Krise hart getroffen, und ist nicht bereit, dies einfach hinzunehmen. In Südkorea haben die Mitglieder des unabhängigen Gewerkschaftsverbandes KCTU die Entlassungspläne der Regierung gegen den Willen der Gewerkschaftsführung abgelehnt und die Führung ausgetauscht. In ganz Südostasien

gibt es Demonstrationen und Kundgebungen v.a. gegen die Entlassungen. In Indonesien richten sich die Unruhen gegen die steigenden Lebensmittelpreise.

Die gesamte Region ist ein Pulverfaß. Nicht nur die jeweiligen Regierungen, der Kapitalismus an sich ist um so gefährdet, je offensichtlicher seine Unfähigkeit wird, für die Bevölkerung ein ordentliches Leben zu gewährleisten. Die Protestbewegungen haben teilweise keine klare Richtung. Während es in Südkorea organisierte und klassenbewußte Gewerkschaftsproteste gibt, erreichen die Übergriffe gegen Chinesen in Indonesien teilweise sogar Program Charakter. Auch ein Erstarken fundamentalistischer Gruppen ist nicht auszuschließen, denn dort fehlen Organisationen mit einem klaren sozialistischen Programm, die die wahren Ursachen der jetzigen Krise - den Kapitalismus an sich - aufzeigt und den Kampf gegen das System mit der Perspektive für eine neue, eine sozialistische Gesellschaft verbindet. Denn nur in einem sozialistischen Asien können Armut, Elend und Unterdrückung besiegt werden.



Kein Geld für

Rechtsextreme!

Weit über eine Mio. Schilling Steuergelder werden alljährlich über den Stadtschulrat für Wien an den „Ersten Wiener Turnverein“ überwiesen. Dieser ist Mitglied des rechtsextremen Österreichischen Turnerbundes (ÖTB), der sich auf seinen Beitragsformularen zum „Deutschen Turnen“ Friedrich Ludwig Jahn's, zur Erfassung von „Körper, Geist und Seele“ des Menschen bekennt und „in den Österreichern mit deutscher Muttersprache Angehörige der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ sieht. Offensichtlich war es 1978 dem Stadtschulrat und dem Unterrichtsministerium lieber, diesem Verein 3,7 Mio. Schilling zur Renovierung seiner Räumlichkeiten zu überschreiben und von da an 70% seiner Betriebskosten zu übernehmen, als für das GRG Rahlgasse, das GRG Wiedner Gürtel und die HTL Argentinierstraße einen geeigneten Turnsaal zu errichten, der langfristig wahrscheinlich weit billiger gekommen wäre.

von Philipp Fleischmann,
JRE-Mitte und
Schulsprecher GRG Rahlgasse

Nach außen hin hält sich der ÖTB in ein seriöses Mäntelchen. Penibel wird in der von diesen Schulen benutzten Halle in Wien 4, Schleifmühlgasse darauf geachtet, daß Deutschlandfahne und Wimpel von „Gau-Turnfesten“ nicht in unmittelbarer Umgebung der turnenden SchülerInnen ausgestellt werden. Auch die „Bundesturnzeitung“ des ÖTB liegt nicht offen auf. Laut einem Gerichtsurteil (LG f. Strafsachen Wien, 6.10.1980) schreibt diese zuweilen im „Originalwortlaut nationalsozialistischer Propagandaliteratur“ über die „Kriegserklärung des Weltjudentums an Deutschland“ und den „heroischen Opfergang der Waffen-SS“ und stellt Führungsspitzen des NS-Regimes in einem „positiven Licht“ dar.

Rechte Propaganda im Turnsaal

Das vertretene Gedankengut ist aber auch in dieser Halle zu bemerken - Beitragsformulare und andere

Schriftstücke tragen eindeutige Slogans (siehe oben), und die Hausfassade ist mit dem Spruch „Dem Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden, Fremde Helfer bringen uns immer tiefer ins Verderben“ verziert. Und genau darin besteht die Gefährlichkeit des ÖTB: Unpolitische Jugendliche kommen über permanente subtile Beeinflussung durch sogenannte „Dietwarte“ (=ideologischer ÖTB-Kader) in den Duktus von Deutschnationalismus und Rechtsextremismus.

Widerstand regt sich!

Jetzt haben wir SchülerInnen der Rahlgasse, unterstützt von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE), begonnen, uns dagegen aufzulehnen, daß jährlich weit über eine Millionen Schilling Steuergeld an diesen rechtsextremen Verein bezahlt werden - und stießen auf beträchtliches Medieninteresse. Die Reaktion auf die zahlreichen Berichte zeigte wieder einmal, wie tief der Turnerbund im rechtsextremen Sumpf steckt: Ein gewisser Helmut Hornberg, seines Zeichens Mitglied bei der berüchtigten Burschenschaft Olympia und

gen uns, die Initiatoren der Kampagne, sondern die Direktorin der Schule! Sie habe seiner Meinung nach durch „Nötigung“ die SchülerInnen zu dieser Aktion gedrängt (Anzeige vom 13.2.1998). Offen-

sichtlich ist für ein rechtsextremes Gehirn nicht denkbar, daß Jugendliche sich (z. B. bei JRE) organisieren und ohne oder sogar gegen den Befehl von oben ernstzunehmende Aktionen setzen. Auch Stadtschulratspräsident Dr. Kurt Scholz konnte das nicht glauben - und schrieb, er höre, daß die „Schulgemeinschaft“ den ÖTB-Saal nicht mehr benützen wolle. Wie selten kommt es in Österreich vor, daß Jugendlich sich wehren, wenn in so einem Fall sofort geheimnisvolle Mächte hinter den Protestierenden vermutet werden? Of-

Es geht weiter ...

Kurt Scholz entwickelte eine sehr praktische Strategie, sich aus dem Problem herauszuhalten. Er fädelte ein, daß wir Unruhegeister der Rahlgasse ab Ostern den ÖTB-Turnsaal nicht mehr benützen werden. Das führt nicht zur Kündigung des Vertrags (andere Schulen turnen auch dort), klingt aber gut bei Journalisten und birgt eine Gefahr für uns Anfiegen:

Da der Stadtschulrat sich außerstande sieht, bis dahin einen Ersatzturnsaal aufzutreiben, könnten sportbegeisterte SchülerInnen von unserem Projekt abspringen. Nicht aber in der Rahlgasse! In den letzten Tagen wurde begonnen, in den Klassen über einen Boykott ab jetzt und nicht erst ab Ostern abzustimmen. Bisher hat sich keine einzige Klasse gegen den Boykott ausgesprochen! Im Gegenteil - wir fordern um so vehemente:

- Keine Gelder an rechtsextreme Vereine wie den ÖTB!
- Lösung aller solcher Verträge!
- Statt dessen die Verwendung öffentlicher Gelder zur Schaffung von Freiraum und Sportmöglichkeiten für die Jugend!



Eingangshalle des 'Ersten Wiener Turnvereins': "Dem Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden. Fremde Helfer bringen uns immer tiefer ins Verderben."

60 Jahre Anschluß: Österreich war kein Opfer

Im Rahmen der Gedenkeierlichkeiten anlässlich des österreichischen Anschlusses an Hitler-Deutschland beteiligen wir uns bewußt nicht an der „Österreich war das erste Opfer“-Propaganda von Medien und Politik. Der Mitteileartenikel aus diesem Vor-

wärts ist der Auftakt zu einer groß angelegten SOV Informations- und Diskussionskampagne. Es wird es eine Reihe von Veranstaltungen, Filmvorführungen und Gesprächen mit Zeitzeugen geben. Hier ein kurzer Auszug aus dem Programm (Genauere Infor-

mationen unter 01-524 63 10)

✓ An mehreren Wiener Schulen wird es Projekttage mit Arbeitskreisen, Filmen und Diskussionen geben (z.B. Glaserstraße). Wenn auch Du an Deiner Schule etwas organisieren willst, ruf uns an - wir helfen Dir gerne.

✓ Ein Gedenkpziertag durch den 16. und 17. Wiener Gemeindebezirk findet am 21. März statt.

✓ Einige unserer Ortsgruppen laden Zeitzeugen ein. So z.B. die OG-West, die am 10.

März den Widerstandskämpfer Heinrich Thomas als Referenten zu Gast hat.

✓ Die JRE-Gruppe Wien-Mitte gestaltet eine Wanderausstellung, die bei verschiedenen Veranstaltungen gezeigt wird.